

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Annemarie Renger wird 75.
Der SPD-Vorsitzende **Rudolf
Scharping** gratuliert.

Seite 1

Statt der konservativen Nach-
wächterstaatsphilosophie
braucht Deutschland wieder
eine innovative Schrittmacher-
rolle, fordert **Prof. Uwe Jens
MdB.**

Seite 2

Entwicklungspolitik muß von
der reinen Projektpolitik zur
Strukturpolitik werden, fordert
Prof. Ingomar Hauchler MdB.

Seite 4

Der Europarat sollte sich Bio-
ethik-Lektionen beim Europäi-
schen Parlament nehmen,
empfiehlt **Willy Rothley MdEP.**

Seite 6

49. Jahrgang / 193

7. Oktober 1994

Die SPD wünscht Annemarie Renger alles Gute Die große alte Dame der Sozialdemokratie wird 75

Von **Rudolf Scharping**
SPD-Parteivorsitzender

Im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschland gratuliere ich Annemarie Renger sehr herzlich zu ihrem 75. Geburtstag. Wir sind froh und stolz, daß diese aufrechte, mutige, unbeirrbare und wachsame Frau zu uns gehört, die wesentlich den Neuaufbau unserer Demokratie und der deutschen Sozialdemokratie mitgestaltet hat.

Im Geiste Kurt Schumachers und seinem Vermächtnis bis heute in besonderer Weise verpflichtet, kämpft sie bis heute leidenschaftlich und konsequent für ihre Ziele, getreu ihrer frühen Maxime, "ein anderes Deutschland mit aufzubauen, die Menschen aufzurütteln und ihnen die Augen zu öffnen".

Mit Annemarie Renger stand erstmals in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus eine Präsidentin an der Spitze des Parlaments. Auf die Besonderheit dieser Situation hat sie in ihrer Antrittsrede am 13. September 1972 hingewiesen:

"Vielleicht kann gerade deshalb die Tatsache, daß einer Frau zum ersten Mal in der deutschen Geschichte das Amt des Parlamentspräsidenten übertragen worden ist, dazu beitragen, Vorurteile abzubauen, die einer unbefangenen Beurteilung der Rolle der Frauen in unserer Gesellschaft immer noch entgegenstehen. Insofern hoffe ich, durch mein Bemühen, dem Amt nach besten Kräften gerecht zu werden, zugleich der Sache der Frauen einen Dienst leisten zu können."

Heutzutage ist unbestritten: Annemarie Renger hat dieses Amt souverän gestaltet und hat damit den Kampf der Frauen um gleiche Rechte und Chancen ein weiteres Stück vorangebracht.

Dafür gilt ihr an diesem Tag der besondere Dank ihrer politischen Freundinnen und Freunde.

Ihr Streiten für die Einheit der Deutschen und den Zusammenschluß Europas, ihr Eintreten für die Aussöhnung mit Israel und - nicht zuletzt - ihr in tiefer Sorge begründeter Protest gegenüber neonazistischen Umtrieben in unserem Land - mit all dem hat sie unverwechselbare Akzente in der Gestaltung sozialdemokratischer Politik gesetzt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit verschuldeten Redaktionen
Recycling-Papier



Annemarie Renger hat in diesen Tagen gesagt:

"Es lohnt sich, immer wieder neu anzufangen! Es ist nie etwas zu Ende, so daß man sagen kann, jetzt habe ich meinen Teil getan, und nun laß das mal die anderen machen. Es ist für einen selbst gut, wenn man noch nützlich ist und wenn man Gutes tun kann, und es ist auch für die Lebenserfüllung gut. Gerade der ältere Mensch mit seiner Lebenserfahrung und größeren Geduld kann in unserer aufgeregten Zeit Hoffnung und Selbstvertrauen ausstrahlen.

Man kann sich aussuchen, wo man aktiv sein will. Aber die Hände in den Schoß legen, Fernsehen gucken und traurig sein, daß man alleine ist, das ist also wirklich nicht sehr lohnend. Es gibt immer Menschen, für die man dasein kann."

Die Sozialdemokratische Partei freut sich auf die weitere Zusammenarbeit mit Annemarie Renger, zählt auch weiterhin auf ihren Rat und wünscht ihr alles Gute und Gesundheit.

(-7. Oktober 1994/hgs/fr)

Nachwächterstaatsphilosophie

Deutschland auf dem Weg zur zweitklassigen Industrienation

Von Prof. Uwe Jens MdB

Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Deutschland fällt international zurück bei Forschung, Entwicklung und Innovation. Der Anteil der entsprechenden Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt stagniert seit zehn Jahren und liegt mit 2,66 Prozent inzwischen doch recht deutlich unter den Hauptkonkurrenzländern USA (2,7 Prozent) und Japan (3,05 Prozent) (1991). Dabei ist noch nicht der Volumeneffekt berücksichtigt, der sich aus den absoluten Größenunterschieden der entsprechenden Ausgaben dieser Länder ergibt.

Die Handelsbilanz im Bereich der Spitzentechnik ist nach jahrelangem Rückgang nahezu ausgeglichen. Demgegenüber erzielen die USA Überschüsse von über 40 Prozent und Japan sogar von über 180 Prozent in diesem Bereich und zwar mit steigender Tendenz.

Der Anteil Deutschlands an der weltweit schnell steigenden Zahl der Patentanmeldungen ist rückläufig. Selbst bei den inländischen Patentanmeldungen ist der Anteil deutscher Patente von 46,1 Prozent (1982) auf 32,9 Prozent ((1991) gefallen.

Diese nüchternen Zahlen sollten vor allem bei der Bundesregierung die Alarmglocken schrillen lassen. Vor allem der Wirtschaftsminister tritt den Rückzug hinter seinen ideologischen Schutzmauern an. Innovation sei Aufgabe der Wirtschaft. Der Staat müsse sich noch weiter zurückziehen. Diese Nachwächterstaatsphilosophie bringt das Dilemma der deutschen Wirtschaftspolitik auf den Punkt. Wenn auch in weniger extremer Form ist in den Medien, Verbänden und in Teilen der Wissenschaft die Skepsis stets groß, wenn politische Initiativen zur Stärkung der Innovationstätigkeit gestartet werden. Da sind dann Räte zu groß oder inkompetent, Verwaltungen zu markfern und ungeeignet, Förderinstrumente zu interventionistisch. Es wird überhaupt bezweifelt, ob Irgend jemand Voraussicht in die Zukunft haben könnte. Visionen sind "out", Rückbesinnung auf das Gestrige und Festhalten an Besitzstände sind "in". Deutschland hat mit das schlechteste Innovationsklima aller Industrieländer. das hat alles nichts mit Überregulierung zu tun. Es sind nicht bürokratische Genehmigungsverfahren, die zu dieser Lage geführt haben, es sind andere Faktoren. Vor allem der fehlende Gestaltungswille und die fehlende Gestaltungsfähigkeit der Regierung tragen maßgeblich zu dem "weiter So" bei. Aber auch in den Unternehmen gilt der Ja-Sager mehr als der kritische, Neuem aufgeschlossene Kopf. Querdenker haben in Deutschland noch nie eine große Chance gehabt. So leben wir nach wie vor von Basistechnologien, deren Ursprünge ins Kaiserreich zurückgehen. Der heutige weltweite Wandel wird in Deutschland einfach ignoriert. Konrad Seitz ist ein Beispiel. Als Botschafter in Rom ist diese kritische Stimme inzwischen wesentlich weniger oft zu hören. Ihm muß man recht geben. Es bleiben uns nur noch ganz wenige Jahren, das Ruder herumzuwerfen. In vier, fünf

Jahren ist der Rückstand Deutschlands so groß, daß selbst Länder wie Korea und Singapur auf Teilgebieten weit voraus sein dürften.

Diese verfahrenere Situation nach zehn Jahren konservativer Regierung und konservativer gesellschaftlicher Grundstimmung ist nicht schnell und einfach zu verändern. Als erstes muß in Deutschland eine breite Diskussion über die wichtigsten Zukunftsfragen eingeleitet werden. Die SPD will dazu einen unabhängigen Zukunfts- und Technologierat einsetzen. Dieser soll Analysen und Leitlinien für die zukünftige Politik herstellen. Zum Beispiel für den Verkehr, für die Energieversorgung, für die Informationsgesellschaft. Die Beispiele zeigen, daß in erster Linie die wachsenden Vernetzungen in der Wirtschaft und zwischen Staat und Wirtschaft aufgearbeitet und entsprechende politische Handlungsempfehlungen erarbeitet werden müssen.

Genauso wie in den Unternehmen neue Formen des Managements und der Arbeitsorganisation eingeführt werden, muß auch der Staatsdienst reformiert werden. Anders lassen sich seine gewachsenen Aufgaben nicht mehr effizient erfüllen.

Mehr Effizienz in Wirtschaft und Staat ist nicht allein durch technische Rationalisierung zu erreichen. Mehr Effizienz erfordert eine dauerhafte Anstrengung von kritischen Mitarbeitern, die das jeweils erreichte immer wieder hinterfragen. Die schwierigste aber auch bedeutendste Innovation in deutschen Organisationen ist deshalb eine Veränderung der Belohnungssysteme. Wer Fehler macht, darf nicht existenzgefährdend bestraft werden. Das Gegenteil ist heute der Fall. Wer als leitender Angestellter eine Sache in den Sand gesetzt hat, ist in der Regel beruflich erledigt. Wer als Existenzgründer in Konkurs gegangen ist, bekommt nicht einmal mehr eine Angestelltenstelle, geschweige denn einen neuen Kredit. Hier liegen die Ursachen für die verbreitete Risikoscheu. Eine Gesellschaft von Rückversicherern kann aber nicht innovativ sein.

Die Förderung Technologie- und innovationsorientierter Existenzgründer und Mittelständler ist deshalb eine weitere Hauptaufgabe der kommenden Legislaturperiode. Dazu gehört ein Ausbau der Technologiezentren, Bereitstellung von Risiko- und Beteiligungskapital, Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen, auch für die laufende Geschäftstätigkeit, das heißt, in erster Linie für Marketing-Aktivitäten. Als übergreifende Maßnahme brauchen wir eine erhebliche Verbesserung des Patent- und Informationswesens. Der Zugang der Mittelständler zu technischen Informationen, Datenbanken, Dokumentationen, spezialisierten wissenschaftlichen Einrichtungen, muß erleichtert und verbilligt werden. Dazu müssen die entsprechenden staatlichen Einrichtungen in die Lage versetzt werden, kundengerecht und flexibel Anfragen der Industrie bearbeiten zu können. "Zeit" ist ein wichtiger Faktor im internationalen Technologiewettbewerb. Zugleich kann hier eine wesentliche Innovation in der Daten- und Informationstechnologie geschaffen werden durch entsprechende Netze, Geräte- und Software-Entwicklungen.

Wir brauchen eine Patentoffensive. In Verbindung mit entsprechenden Beratungsleistungen müssen deshalb die Patentkosten für die Mittelständler wesentlich gesenkt werden. Wir müssen im Prinzip von der Gebühr wegkommen und das System auf eine ertragsabhängige Finanzierung umstellen. Vor allem für Einzelerfinder und Erfindungen aus Forschungsinstituten heraus stärken wir durch den erleichterten Patentschutz unsere Position im internationalen Wettbewerb. Gerade für diese Gruppe gehört dazu auch eine Beratung über die internationale Patentsituation auf dem jeweiligen Gebiet.

Ein neues innovatives Klima wird in Deutschland nicht von allein entstehen. Die SPD wird deshalb einen breiten Zukunftsdialog beginnen. Deutschland muß auf wichtigen Zukunftsgebieten wieder Schrittmacher werden und dies auch mit einem altruistischen Hintergrund. Vor allem die Jüngeren brauchen wieder Ziele, mit denen sie sich identifizieren können. Eine Schrittmacherrolle Deutschlands im Umweltschutz bei der Entwicklung von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien, zur Beherrschung des Bevölkerungswachstums und zur Bekämpfung des Hungers und der Armut in der Welt sind der zukünftigen Rolle Deutschlands wesentlich dienlicher als der Appell an diffuse Nationalgefühle.

(-/7. Oktober 1994/hgs/fr)

Entwicklungspolitik muß auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden
Entwicklungspolitische Bilanz der SPD-Bundestagsfraktion für die 12. Wahlperiode 1990 - 1994

Von Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die 12. Wahlperiode, die erste des vereinten Deutschlands, war eine besondere in der Geschichte des Deutschen Parlaments. Diese jetzt zuende gehende Legislaturperiode umfaßt einen Zeitraum, in dem sich international und national große Veränderungen vollzogen haben. Das Ende des Ost/West-Konfliktes und die deutsche Vereinigung stellten alle Politikbereiche - auch die Entwicklungszusammenarbeit - vor die Aufgabe einer Neuorientierung und Neudefinition ihrer Arbeit.

In einer zunehmend vernetzten Welt war es Aufgabe zukunftsorientierter Entwicklungspolitik, den globalen Herausforderungen und Gefahren von Armut, Krankheit und Hunger, Gewalt und Krieg, Vertreibung, Flucht und Migration zu begegnen. Dazu gehört eine enge internationale Kooperation und national eine Querschnittsorientierung der Entwicklungspolitik und die enge Zusammenarbeit mit den Bereichen humanitäre Hilfe und Soforthilfe, internationale Finanz- und Wirtschaftspolitik, Agrarwirtschaft, Energie- und Verkehrssektor. Nur so kann ein ökonomisch, ökologisch und sozial orientiertes Konzept für dauerhafte Entwicklung erarbeitet werden und zur Friedenssicherung beitragen. Die SPD hat in diesem Sinne eine Vielzahl parlamentarischer Initiativen ergriffen.

Wir Sozialdemokraten sehen Entwicklungspolitik als präventive Friedenspolitik, die Kriege, Gewalt und Flucht eindämmt. Wir sehen sie als Voraussetzung, um hohes Bevölkerungswachstum zu begrenzen, Armut zu bekämpfen und die allen Menschen gemeinsamen Lebensgrundlagen zu bewahren. Wir werden in Zukunft noch stärkeres Gewicht auf die Soforthilfe, die Strukturhilfe und den kulturellen Dialog legen. Wir werden verstärkt Akzente setzen für multilaterale Engagements zur entwicklungspolitischen Unterstützung von Friedensprozessen wie in Palästina/Nahost, im südlichen Afrika und in Ostafrika. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, die entwicklungspolitische Handlungsfähigkeit der UNO zu stärken. Wir werden Nichtregierungsorganisationen in die Entwicklungszusammenarbeit aktiv einbeziehen. Wir wollen Entwicklungshilfe und Soforthilfe eng verzahnen, Entwicklungspolitik und Wirtschaftsförderung konstruktiver aufeinander beziehen und die entwicklungspolitischen Instrumente stärker koordinieren. Und wir wollen in bewußter globaler Verantwortung die sozial und ökologisch verträgliche Entwicklung und Umgestaltung in unserem Land fördern.

Die Entwicklungspolitik, die die Bundesregierung in den vergangenen vier Jahren verfolgt hat, wurde diesen Herausforderungen in keiner Weise gerecht. Am deutlichsten tritt dies in ihrer Haushaltspolitik hervor. Der Anteil des Entwicklungshaushaltes am Bundeshaushalt fiel. Der Haushalt wurde trotz wachsender Aufgaben - neue Entwicklungsländer im Osten und eine Zunahme der Bevölkerung in Entwicklungsländern um eine Milliarde - nicht erhöht. Der Anteil am Bruttosozialprodukt wurde trotz der 0,7-Prozent-Zusagen des Bundeskanzlers auf 0,34 Prozent abgesenkt. Andererseits standen für den Golf-Krieg, für den Somalia-Einsatz der Bundeswehr und für Soforthilfe in Ruanda prompt Milliardenbeträge zur Verfügung.

Doch nicht militärische, sondern zunehmend entwicklungspolitische Strategien sind für internationale Konfliktlösungen notwendig. Die Bundesregierung hat es versäumt, Entwicklungspolitik zu einer Strukturpolitik weiterzuentwickeln, die die Bedingungen in Entwicklungsländern und die Probleme der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik berücksichtigt. Sie hat in der Frage der Entschuldung von Entwicklungsländern ebensowenig die Initiative ergriffen, wie bei den Verhandlungen über einen fairen Welthandel. Sie betreibt eine Renationalisierung der Entwicklungspolitik zu einem Zeitpunkt, zu dem die Bundesrepublik die Präsidentschaft der Europäischen Union übernommen hat. Dies, verbunden mit entsprechenden Mittelkürzungen für internationale Organisationen, vermindert den internationalen und europäischen Einfluß. Die Bundesregierung handelt in der Innenpolitik ohne Rücksicht auf globale Verantwortung gegenüber Umwelt und Entwicklung.

Das wichtigste entwicklungspolitische Instrument, das dem Parlament zum ersten Mal in seiner Geschichte von der SPD an die Hand gegeben wurde, ist der Entwurf eines Gesetzes zur Entwicklungspolitik. Die Mehrheit der Regierungskoalition hat dieses Gesetz abgelehnt, obwohl sich die Sachverständigen einer Expertenanhörung für eine gesetzliche Grundlage der Entwicklungspolitik ausgesprochen haben. Diese Gesetzeslücke hat mit dazu geführt, daß Entwicklungspolitik von rasch wechselnden Zielen, innenpolitischen Opportunitäten und Interessen sowie einem Mangel an öffentlicher

Diskussion und parlamentarischer Kontrolle gekennzeichnet war. Wie in anderen Politikbereichen, so brauchen wir auch für die internationale Zusammenarbeit einen Rahmen und eine Verpflichtung auf Grundwerte und Prioritäten.

Die praktische Umsetzung unserer entwicklungspolitischen Ziele erfolgte jedes Jahr in den Haushaltsberatungen. Wir haben nicht nur eine sinnvolle Mittelerrhöhung, sondern eine andere Schwerpunktsetzung gefordert. So sollten im Haushalt zum einen Grundbildung - besonders von Mädchen - in Entwicklungsländern und entwicklungspolitische Bildung in Deutschland, Frauenförderung, Familienplanung und -beratung, Umweltschutz größeres Gewicht und mehr Mittel erhalten. Zum anderen sollten regionale Zusammenschlüsse und die ärmsten Staaten des afrikanischen Kontinents stärker gefördert werden. Nur so können wir wirksamer zur Bekämpfung der Armut und zu einem geringeren Bevölkerungswachstum beitragen. Unsere Initiativen wurden von der CDU/CSU/FDP-Mehrheit jedes Jahr abgelehnt.

Die Bundesregierung und Ihre Parlamentskoalition lehnten SPD-Vorschläge zur Entschuldung der Entwicklungsländer, zur Verbesserung der Arbeit in internationalen Gremien wie den Vereinten Nationen, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, zur gerechteren internationalen Handelspolitik im Rahmen des GATT oder zur Stärkung der Nichtregierungsorganisationen mit ihrer Mehrheit ab.

Sie weigerten sich, unsere Initiative, die Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank in den hoch verschuldeten Entwicklungsländern um ökologische und soziale Maßnahmen zu ergänzen. Die Bundesregierung versäumte auch, entschieden die Konsequenz aus der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung zu ziehen, vor allem, wenn es dort um die dringend nötige Umgestaltung der eigenen Verkehrs-, Energie- oder Wirtschafts- und Handelspolitik geht. Dies wurde in der enttäuschenden Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion "Zu den entwicklungs- und wirtschaftspolitischen Folgerungen aus der UNCED-Konferenz von Rio de Janeiro" deutlich.

Die SPD wird Entwicklungspolitik als vorbeugende Friedenspolitik stärken: durch Soforthilfe in Krisengebieten, durch Aufbau- und Strukturhilfe, wenn es darum geht, einen sich selbst tragenden Entwicklungsprozeß in Gang zu setzen und damit zur Friedenssicherung beizutragen. Das gilt für den Friedensprozeß im Nahen Osten. Das gilt für die Überwindung der Folgen der Apartheid in Südafrika und den Aufbau eines neuen Staates und einer neuen Gesellschaft. Das gilt für den Wiederaufbau in Ostafrika, in Somalia, in Ruanda. Die SPD hat ein Afrika-Konzept vorgelegt, das Grundlagen und Lösungsstrategien für diese Aufgaben festlegt. Die Bundesregierung reagierte auf diese positiven Entwicklungen, die während der 12. Wahlperiode stattfanden, bisher nicht ausreichend, um diese Prozesse aktiv zu unterstützen. So trägt sie zum Beispiel bilateral kaum zum notwendigen Aufbau einer effektiven palästinensischen Verwaltung bei, obwohl das vor allem auch durch sofortige Hilfe bei der Ausbildung und Bezahlung der Beamten und der Polizei möglich wäre. Andere europäische Staaten tun dies inzwischen.

In den letzten Jahren hat sich weltweit das Bewußtsein für nachhaltige Entwicklung geschärft. Dazu haben die UN-Konferenzen für Umwelt und Entwicklung (1992 in Rio de Janeiro), zu Menschenrechten (1993 in Wien) und über Bevölkerung und Entwicklung (1994 in Kairo) beigetragen. Und auch der Sozialgipfel 1995 in Kopenhagen wird zur Zeit - wann auch mit neuem Schwerpunkt mit dem Anliegen nachhaltiger Entwicklung vorbereitet. Der Dialog auf diesen Konferenzen wird mit unterschiedlichen Akzenten und aus unterschiedlichen Interessenlagen geführt. Aber es kristallisiert sich allmählich ein grundlegender Konsens zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern heraus, daß das Überleben auf dieser Erde nur durch Dialog und bessere Zusammenarbeit gesichert werden kann.

Entwicklungspolitik muß von einer reinen Projektpolitik zur Strukturpolitik werden. Sie muß eine Querschnitts koordinierung für alle innen- und außenpolitischen Bereiche übernehmen. Entwicklungspolitik muß auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Das bleiben sozialdemokratische Ziele für die 13. Legislaturperiode, damit internationale Zusammenarbeit zur dauerhaften Entwicklung und damit zur vorbeugenden Friedenspolitik beitragen kann.

(-/7. Oktober 1994/hgs/fr)

Europarat soll Bioethik-Lektionen beim Europäischen Parlament nehmen

Von Willy Rothley MdEP

Stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament befaßt sich mit den ethischen und rechtlichen Problemen, die sich aus dem grundlegend neuen Verfahren der Gentechnik oder Genmanipulation ergeben, bereits seit Mitte der achtziger Jahren. Denn es hatte frühzeitig erkannt, daß die Rechtsordnungen der EG-Mitgliedstaaten nicht auf diese innovativen Techniken vorbereitet und eine Anpassung der Rechtsvorschriften zum Schutz des Individuums und zur Wahrung des Gemeinwohls dringend notwendig sind.

Die Debatte im Europarat ist ein Beweis für die Dringlichkeit, die Beschlüsse des Europäischen Parlaments in nationales und Gemeinschaftsrecht umzusetzen. Darauf sollten sich die zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichten und diese Position im Europarat durchsetzen oder im Ministerkomitee schlicht Nein zu einer gegenläufigen Konvention sagen.

Das vom Volk direkt gewählte Europäische Parlament besteht, auf einem kategorischen Verbot aller Versuche, das genetische Programm von Menschen willkürlich neu zusammenzustellen und fordert strafrechtliche Sanktionen gegen jeglichen Gentransfer in menschliche Keimbahnen. So steht es in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom März 1989. Es gilt.

Das Europäische Parlament sieht auch in einer nur teilweisen Änderung der Erbinformation eine Verfälschung der Identität des Menschen, die unverantwortlich und auch nicht zu rechtfertigen ist, weil es sich um höchstpersönliches Rechtsgut handelt. In einer Entschließung hat das Parlament auch unmißverständlich Beschlüsse zur Forschung an Embryonen gefaßt und festgestellt, daß "auch die Zygote des Schutzes bedarf, deshalb kann nicht beliebig mit ihr experimentiert werden."

Da nach Ansicht des Parlaments eine Regelung dieses Problems durch ärztliche Standesrichtlinien nicht ausreicht, fordert es "die möglichen Anwendungsbereiche insbesondere auch pränataler Forschung, Diagnostik und Therapie in der Weise rechtsverbindlich zu definieren, daß Eingriffe in lebende menschliche Embryonen beziehungsweise Föten oder Versuche mit ihnen nur dann gerechtfertigt sind, wenn sie für das Wohl des betreffenden Kindes oder der Mutter von unmittelbarem, nicht anders zu erzielendem Nutzen sind und die körperliche und psychische Unversehrtheit der betreffenden Frau wahren", heißt es in der Entschließung.

Für "die künstliche Erhaltung des Lebens menschlicher Embryonen, um bei Gelegenheit Entnahmen von Gewebe oder Organen vornehmen zu können", fordert das Europäische Parlament "ein strafbewehrtes Verbot".

Strafrechtlich geahndet werden soll auch "jede gewerbliche oder industrielle Verwendung von Embryonen beziehungsweise Föten, wobei sowohl die Herstellung von in vitro befruchteten Embryonen zu diesen Zwecken als auch der Import von Embryonen beziehungsweise Föten aus Drittländern hiervon umfaßt sein muß".

Darüberhinaus fordert das Parlament ein strafbewehrtes Verbot des Handels mit kryokonservativen Embryonen zu wissenschaftlichen, industriellen oder gewerblichen Zwecken, der Herstellung von Menschen durch Klonen und aller Experimente, die das Klonen von Menschen zum Ziel haben, sowie aller Experimente, "die der Erzeugung von Chimären oder Hybridwesen aus menschlichem und tierischem Erbmateriale dienen".

Zu Experimenten an Behinderten und hilflosen alten Menschen hat das Europäische Parlament keine Stellungnahme abgegeben, weil niemand einen solchen Gedanken für möglich hielt.

Der Bericht zu den ethischen und rechtlichen Problemen der Genmanipulation wurde am 16. März 1989 mit großer Mehrheit vom Europäischen Parlament verabschiedet. Im Wissen um die Bedeutung von Bericht und Entschließung widmete das Parlament ihm 1990 eine eigene Publikation in den neun Amtssprachen der Europäischen Union.

(-7. Oktober 1994/hgs/fr)
